



Bezahlbares Wohnen in Uetersen

Bezahlbares Wohnen beschäftigt alle: junge Leute, Familien und auch die ältere Generation.

In Uetersen stehen nicht viele zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung. Daher brauchen wir eine überschaubare, abrundende Bebauung im Außenbereich sowie Erneuerung und behutsame Verdichtung im Innenbereich.

Für das Gelände des ehemaligen Krankenhauses hat es einen Investor gegeben, welcher dringend benötigten Wohnraum bauen wollte. 40 % öffentlich geförderte Wohnungen sowie speziell für Senioren geeigneter Wohnraum waren Bestandteil der Planung.

Die **SPD** hat das Projekt als einzige von Anfang an unterstützt.

Leider ist dieser Investor nun abgesprungen. Schade! Aber warum nur ist er abgesprungen?

Nach unserer Meinung war die ablehnende Botschaft dreier hier im Rat vertretenen Parteien ein entscheidender Grund. Sie zeigten sich sehr reserviert bis offen ablehnend. Auch hier stellt sich die Frage nach dem „Warum?“!

Neben tatsächlich noch zu lösenden Verkehrsfragen wurde ein Argument immer wieder genannt „Wir wollen hier keinen öffentlich geförderten Wohnungsbau“.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat über die Bedeutung und die Chancen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus informiert. Hier 6 wichtige Punkte daraus:

- Uetersen gehört zusammen mit Kiel und Lübeck sowie den nordfriesischen Inseln zum Bereich des teuersten Wohnens im ganzen Land und hat dennoch nur noch 153 öffentlich geförderte Wohnungen.
- Im Kreis Pinneberg fehlen über 5.500 geförderte Wohnungen! Bei 300.000 Einwohnern im Kreis und ca. 18.000 Einwohnern in Uetersen sind bei uns mind. 330 neue geförderte Wohnungen notwendig!
- Geförderter Wohnungsbau ist kein „hässlicher Billigheimer“, sondern technisch und optisch auf der Höhe der Zeit!
- Bei geförderten Wohnungen liegt die Anfangskaltmiete bei max. 5,50 EUR/m² (6 Jahre fest)! Frei finanzierte Mietwohnungen kosten heute durchaus 9-11 EUR/m².
- Ein 4-köpfiger Haushalt mit 2.733 EUR Nettoeinkommen (Brutto liegt dies sicher bei 3.500 EUR) hat ein Anrecht auf eine so geförderte Wohnung!

- Ein Gesamtkonzept, welche eine gesunde Durchmischung der Mieterklientel sicherstellt, ist Voraussetzung für eine öffentliche Förderung.

Zusammengefasst heißt dies:

- Frei finanziert Wohnungsbau rechnet sich primär bei Wohnungen für Gutverdiener.
- Öffentlich geförderter Wohnungsbau bedeutet Wohnungen für beispielsweise die Mitarbeiter einer KiTa, Handwerker und Angestellte. D.h., für die Leistungsträger und Mitte der Gesellschaft!



Die **SPD** appelliert daher an alle Fraktionen in der Ratsversammlung:

„Nehmen Sie die Fakten und Notwendigkeiten im Mietwohnungsbau zur Kenntnis. Überdenken Sie ihre Bewertungen und lassen Sie uns gemeinsam für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Uetersen arbeiten.“

Bürgermeisterwahl

SPD unterstützt Andrea Hansen

Andrea Hansen (SPD) möchte Uetersens Bürgermeisterin bleiben. Ihre Partei sichert der Verwaltungschefin ihre Unterstützung bei der Wahl am 21. September zu. Auf der Jahreshauptversammlung der **SPD** zog die Bürgermeisterin eine Zwischenbilanz ihrer ersten Amtszeit. Unter ihrer Führung entwickelt sich Uetersen als familienfreundliches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Region weiter. Gemeinsam erfolgreich!

Zu den Erfolgen zählen u.a.

- Schaffung sämtlicher Krippenplätze
- Abriss der Silo-Ruine
- Bau und Etablierung der Mensa
- Neue Nahversorgungszentren am Gerberplatz und an der Reuterstraße
- Erweiterung der Feuerwache
- Einführung der transparenten doppelten Buchführung



Zudem hat sich die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung verbessert. Diesen Weg will Bürgermeisterin Hansen weitergehen. Denn gemeinsam seien trotz der Haushaltskonsolidierung viele Projekte in der Stadt verwirklicht worden. „Was wir gemeinsam erreicht haben, ist beeindruckend“, so Heike Baumann, Vorsitzende des **SPD** Ortsvereins. „Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und unterstützen Frau Hansen.“

Rolle rückwärts

Der **SPD**-Fraktionsvorsitzende in der Ratsversammlung, Ingo Struve, hält den Beschluss des Bauausschusses gegen die Erweiterung des Windparks für einen schweren Rückschlag in der lokalen Energie- und Umweltpolitik: „Uetersens CDU ist umgefallen, mit einer trostlosen Rolle rückwärts hat sie sich von der regionalen Energiewende verabschiedet. Gerade vom Norden muss doch das Signal ausgehen: Wir übernehmen Verantwortung und wollen mehr Windenergie, um den Ausstieg aus der Atomkraft zu schaffen. Ein Aufstellungsbeschluss hätte alle Möglichkeiten offengehalten, einen Kompromiss mit Groß Nordende zu finden. **SPD** und Grüne hatten dazu Vorschläge in der Tasche, aber die CDU wollte lieber den Ausstieg aus dem Einstieg in die Windpark-Erneuerung. Der CDU-Bürgermeisterkandidat hat damit einen kapitalen Fehlstart hingelegt: Er bläst die lokale Energiewende einfach ab und wählt den Stillstand - und das drei Jahre nach Fukushima!“

Struve erinnerte die Uetersener CDU an ihren eigenen einstimmigen Beschluss vom September 2011, in dem sie das Repowering noch befürwortet hatte - diese Optimierung der Windanlagen, so argumentierte die CDU damals, könne sogar zu einer „Verringerung der Belastungen für die Anwohner beitragen“. Struve: „2011 kletterte Herr Stief in Pressebegleitung auf ein Windrad, um unter Einsatz aller Kräfte seine Begeisterung für den Ausbau des Windparks unter Beweis zu stellen. Dieser Ausflug hat im Bauausschuss mit dem Nein der CDU zum Repowering ein klägliches Ende gefunden.“ Die **SPD** werde weiter für einen Ausbau der regenerativen Energien auch vor Ort eintreten und dazu das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Bildungslandschaft in Uetersen zukunftsfähig gestalten

Im Bereich der Bildung - insbesondere bei Kindergärten- und Schulen ist in Uetersen viel Bewegung, und für die Zukunft sind viele Weichenstellungen vorzunehmen. Dies haben wir als **SPD**-Fraktion erkannt und bei der Verteilung der Ausschussvorsitze den Bildungsausschuss gewählt - durchaus zur Überraschung anderer Fraktionen. Zudem ging der Bereich Kindergarten in den Bildungsausschuss über, so dass hier nun das gesamte Spektrum von frühkindlicher bis Erwachsenenbildung kommunalpolitisch verantwortet wird.

So sind bereits im ersten Jahr nach der Kommunalwahl gute Entscheidungen getroffen und Kompromisse mit den anderen Fraktionen gefunden worden. Im Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze befindet sich die Stadt Uetersen auf einem guten Wege zur Erfüllung des Bedarfs. Bei den Sanierungsmaßnahmen wurde das Ludwig-Meyn-Gymnasium besonders bedacht - zu Zeiten der Zuständigkeit des Kreises hat sich einiges an Bedarf aufgestaut. Leider muss Uetersen diese Investitionen alleine stemmen. Wir würden uns von Tornesch wünschen, im Rahmen des Schulzweckverbandes nicht nur für die Klaus-Groth-Schule von Uetersen zu nehmen, sondern Mitverantwortung für das Gymnasium zu tragen, das auch von Tornescher SchülerInnen besucht wird. Leider ist Tornesch bisher maximal zu einer Erweiterung auf die Schwimmhalle bereit. Eine Beteiligung weiterer umliegender Gemeinden am Zweckverband wäre ebenso wünschenswert - schließlich hält Uetersen für sie mit besagten Einrichtungen und mehr beträchtliche Infrastruktur vor. Der Ausbau der Schulsozialarbeit in Uetersen konnte deutlich vorangetrieben und durch eine Entfristung aller Stellen zukunftsfest gemacht werden. Hier ist es uns gelungen, die anderen Fraktionen für dieses Vorhaben mit ins Boot zu holen. So wird nun an den Grundschulen die Schulsozialarbeit auf gutem Niveau fortgeführt: an der Rosenstadtschule wird sie zukünftig ausschließlich in der Schule stattfinden und ist somit auf mehr als das 3-fache ausgebaut worden. Am LMG ist die Schulsozialarbeit ebenso erweitert bzw. fest installiert worden. Zudem wird darauf geachtet, dass die entsprechenden Qualitätsstandards eingehalten werden. In Verbindung mit der vor Ort befindlichen Stadtjugendpflege sowie dem Schultraining sehen wir Uetersen sehr gut aufgestellt.

Als neues Angebot der Stadtbücherei haben alle Fraktionen gemeinsam den Weg für die „Onleihe zwischen den Meeren“ nach der hervorragenden Vorarbeit des Büchereileiters bereitet. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung ging dies leider nicht ohne Gebührenanhebung - auf diesem Feld würden wir uns von den Schulen und von den anderen Fraktionen mehr Augenmaß und Fairness bei der Bedarfsanmeldung und deren Be-



urteilung wünschen. Es hat den Anschein, dass Anträge einzelner Schulen größere Beachtung finden, während andere von sich aus Bescheidenheit walten lassen oder zurückstecken müssen.

Europa neu denken

Von Ulrike Rodust, MdEP

In der zweitgrößten demokratischen Wahl der Welt sind im Mai 400 Millionen Menschen aufgerufen, die 751 Europa-Abgeordneten zu wählen, die in den kommenden fünf Jahren über den Kurs der europäischen Politik bestimmen. Die Wahl am 25. Mai ist die wichtigste Europawahl seit langem und sie ist so attraktiv wie selten eine zuvor. Nach dem Vertrag von Lissabon entscheiden die Wählerinnen und Wähler nämlich erstmals auch darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Und die Chancen sind gut, dass es mit Martin Schulz ein deutscher Sozialdemokrat wird.

In einer beeindruckenden Rede anlässlich seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der **SPD** hat Martin Schulz im Januar in Berlin betont, dass nur ein ökonomisch zusammengeschlossenes Europa Chancen hat, soziale und ökologische Standards und Grundrechte gegen den Wettbewerbsdruck, dem wir in der Welt ausgesetzt sind, zu verteidigen. Er hat aber auch beklagt, dass das Ansehen der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern seit Jahren unter dem Eindruck leidet, dass „Brüssel“ in einer Weise in Lebensbereiche eingreift, die den Menschen als überflüssig und nicht nachvollziehbar erscheint. Viel zu oft wird die EU so im Alltag nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Die Folge ist ein massiver Vertrauensmangel in die EU. Abzulesen ist dies regelmäßig bei den Europawahlen: die Wahlbeteiligung ist hier seit Jahren stark rückläufig - 2009 lag sie in Deutschland bei gerade einmal 43 Prozent.

Deshalb ist es jetzt auch höchste Zeit deutlich zu machen, dass wir ein besseres Europa brauchen. Ein Europa, das auf der Grundüberzeugung beruht, dass



wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit einander bedingen. Ein Europa, das sich mehr um seine Bürgerinnen und Bürger kümmert als um das Kapital. Das Steuergelder nicht dafür verwendet, marode Banken zu retten, sondern dafür, dass junge Leute eine Zukunft haben. Ein Europa, das sich nur um das kümmert, was auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht besser geregelt werden kann. Ein Europa, das sich den großen Fragen stellt, der Förderung des Wirtschaftswachstums, der Regulierung der Finanzmärkte, dem Kampf gegen den Klimawandel und für Energie- und Lebensmittelsicherheit sowie der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Ein Europa, das aber auch weiß, dass beispielsweise die Frage der Wasserversorgung in der Hand der Kommunen besser aufgehoben ist als in Brüssel.

Wir wollen, dass sich die EU auf die wesentlichen Zukunftsaufgaben konzentriert. Wir wollen Europa noch besser machen. Und das wollen wir mit Leidenschaft, Überzeugung und klaren Worten tun. Um das schaffen zu können, brauchen wir eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament. Deshalb bitte ich Sie trotz und wegen aller Kritik an Europa am 25. Mai um Ihre Stimme für die **SPD**.

Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und stärken Sie die demokratischen Parteien im Europäischen Parlament. Nach dem Wegfall der Sperrklausel besteht die ganz konkrete Gefahr, dass Rechtspopulisten oder sogar Neonazis ins Europaparlament einziehen. Dem müssen wir entschieden entgegentreten.

Ulrike Rodust ist Spitzenkandidatin der **SPD** in Schleswig-Holstein - sie steht aber nicht auf dem Stimmzettel

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es keine Direktmandate, wie wir sie aus dem Bundes- oder Landtag kennen, sondern es wird ausschließlich eine Liste gewählt. Die **SPD** tritt mit einer gemeinsamen Bundesliste an, die gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger aus allen Regionen Deutschlands möglichst gerecht repräsentiert werden. Als schleswig-holsteinische Spitzenkandidatin steht Ulrike Rodust auf Platz 12 der **SPD**-Bundesliste. Bei aktuell 23 SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist das ein sehr aussichtsreicher Listenplatz. Allerdings ist sie mit diesem Platz nicht namentlich auf dem Wahlzettel zu finden - auf dem sind nur die ersten zehn Kandidaten mit Namen vertreten.

CDU und CSU treten mit Landeslisten an, da sie sich sonst auf dem Wahlzettel gegenseitig Konkurrenz machen würden. Auf dem Wahlzettel, den wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner am 25. Mai 2014 ausgehändigt bekommen, steht also bei der CDU der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat auf Platz 1, bei den Sozialdemokraten der bundes- und europaweite Spitzenkandidat Martin Schulz.

Zu kompliziert? Es geht auch einfacher:
Wer Ulrike Rodust wählen will, wählt **SPD**
- und damit ein besseres Europa!



Prioritäten setzen mit roten Bällen

Die Besucher der Ehrenamtsmesse sind gefordert. Am Stand der **SPD** sollen 16 rote Bälle von den Gästen in 3 Schalen verteilt werden. Jede Schale hatte eine Überschrift:

- Bildung ist Zukunft
- Finanziell gesunde Stadt
- Leistungsfähige Infrastruktur

Nachdem alle Bälle verteilt sind, darf jeder Teilnehmer maximal 3 Bälle verlegen. Von einer Schale in eine andere. Die **SPD**-Mitglieder am Stand haben noch nie so gern so viele Leute fluchen hören. „Das ist ja total schwierig. Ich muss ja einem etwas wegnehmen, wenn ich woanders etwas hintun möchte.“

Ja, großartig! System verstanden! Genau das ist das Problem, mit dem die Politik täglich jonglieren muss. Oft kommt auch die Frage „Habt ihr noch mehr Bälle?“ Geld drucken wir leider auch nicht im Keller.

Alle halbe Stunde wird ein Zwischenstand dokumentiert. Zwischendurch sind die Schalen Finanzen und auch Infrastruktur mal ganz leer. Bildung ist immer gut gefüllt. Die einzelnen Momentaufnahmen ergeben im Schnitt

- 8 Bälle für Bildung
- 4 Bälle für Finanzen
- 4 Bälle für Infrastruktur

Wir wollen mit dieser Aktion das Dilemma aufzeigen, dass bei endlichem Geld nicht alles Wünschenswerte erfüllt werden kann. Alles Handeln ist miteinander verwoben. Unsere Besucher haben dies erkannt.

Vielen Dank für Ihr Mitwirken!



Büchertauschbörse

Was haben Bücher mit Politik zu tun? Für die **SPD** ganz viel. Bücher stehen für das Lesen: lesen lernt man in der Schule. Die Schulen müssen gut ausgestattet sein, damit unsere Kinder die beste Bildung erhalten, um erfolgreich in die Berufsausbildung zu starten. Zur Unterstützung der Leseförderung



hat der Uetersener Ortsverein bereits Bücherflohmärkte veranstaltet, aus den Resten davon wurde das Projekt „Büchertauschbörse“ gestartet. Mehr war nicht nötig: Seit 2 ½ Jahren versorgen sich viele Leser beim Einkaufen am Gerberplatz mit neuem Lesefutter und stellen ausgelesene, gut erhaltene Bücher ins Regal. Einmal die Woche räumt Vorstandsmitglied Gisela Struve auf und findet auch für sich selbst interessante Bücher. Wer größere Mengen Bücher abzugeben hat, kann diese auch zu Gisela Struve direkt bringen. Denn für 2015 ist wieder ein Flohmarkt geplant.

- Samstag, 10.05.2014: **Ulrike Rodust** im Markttreff Heidgraben
- Freitag, 16.05.2014, 11.00 Uhr: **Infostand** auf dem Marktplatz
- Samstag, 17.05.2014, 10.00 Uhr: **Kommunalpolitische Fahrradtour** (Treffpunkt: Rathaus) + 13.00 Uhr: Grillen
- Samstag, 24.05.2014, 10.00 Uhr: **Infostand** auf dem Gerberplatz
- Sonntag, 25.05.2014, 8.00 - 18.00 Uhr: **Wahl zum Europäischen Parlament**
- Mittwoch, 18.06.2014, 19.00 Uhr: **„Bericht aus Berlin - ein halbes Jahr Große Koalition“** mit Ernst Dieter Rossmann

Über weitere Termine informiert unsere Homepage www.spd-uetersen.de

Wir sind auch bei Facebook unter „SPD Uetersen“ zu finden.

ROTfux informiert:

ROTfux Nr. 29 im 11. Jahrgang, Auflage: 8.000 Exemplare

Herausgeber und ViSDP: SPD-Ortsverein Uetersen
Heike Baumann, Pracherdamm 99 a, 25436 Uetersen,
Tel. 04122 / 55133, www.spd-uetersen.de

Redaktion: Heike Baumann, Jan Baumann, Kay-Uwe Dohrn,
Gisela Struve, Ingo Struve, Erhard Vogt und Benjamin Wirth

Druck: Graphische Werkstatt Uetersen GmbH

IMPRESSUM